Landkreis Uckermark

Drucksachen-Nr.	Datum	
BV/717/2017	21.06.2017	

Zustä	ndiges Dezernat/Amt: De	ezernat I / Per	sonal	- und	Servicea	amt				
Beso	chlussvorlage	öffentlich	e Sitz	ung						
	ungsfolge	Datum	Stimmenverhältnis				Lt. Beschluss-	Abweichender Beschluss		
Beratung			Ja	Nein	Stimmen- enthaltung	Ein		vorschlag	(s. beiliegen- des Formblatt	
	chuss für Finanzen Rechnungsprüfung	19.09.2017					<u> </u>			
	sausschuss	26.09.2017								
Kreis	tag Uckermark	04.10.2017								
	ag auf Zustimmung von n Kosten entstehen: en	außerplanmä		n Auf	wendung Haushalts		า Ha	aushaltsjahr	2017	
	297.321,96 €	11140.5	11140.517101		2017		L	☐ Mittel stehen zur Verfü- gung		
	Mittel stehen nicht zur Verfügung Mittel stehen nur in folgender Höh zur Verfügung:	07.100,10	of the second s							
Besch	nlussvorschlag:	1								
Haus	Kreistag beschließt auß shaltsjahr 2017 für die stockungsbeträge).				_					
gez. Dietmar Schulze Landrat								ernd Brande	enburg	

Seite 1 von 2 BV/717/2017

Begründung:

Auf Grund der Verlängerung des Tarifvertrages zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexATZ) bestand fortan die Möglichkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Kreisverwaltung Uckermark, einen Antrag auf Altersteilzeit zu stellen, sofern die Voraussetzungen des genannten Tarifvertrages erfüllt sind.

Bis zum 31.12.2016 war eine Antragsmöglichkeit zwar gegeben, es bestand jedoch kein Rechtsanspruch auf die Bewilligung von Altersteizeit, da der Landkreis Uckermark die im Tarifvertrag vorgegebene Altersteilzeit-Quote erfüllte. Gemäß § 4 Abs. 2 FlexATZ ist der Anspruch auf Altersteilzeit ausgeschlossen, wenn und solange 2,5 vom Hundert der Beschäftigten von einer Altersteilzeitregelung im Sinne des Altersteilzeitgesetzes Gebrauch machen. Maßgeblicher Stichtag zur Ermittlung der Quote ist der 31.05. des Vorjahres.

Diese Grenze wurde bis zum 31.12.2016 (Stichtag: 31.05.2015) durch den die Kreisverwaltung des Landkreises Uckermark erfüllt.

Ab dem 01.01.2017 (Stichtag 31.05.2016) bestand auf Grund des Auslaufens einiger Altersteilzeitarbeitsverhältnisse die Möglichkeit, durch Arbeitnehmer Anträge auf Altersteilzeit zu stellen.

Gemäß der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden sowie des Bewertungsleitfadens des Landes Brandenburgs sind die Aufstockungsbeträge durch die Altersteilzeit zum Zeitpunkt des Abschlusses der Altersteilzeitvereinbarung für die gesamte Laufzeit als Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten zu passivieren und im gesamten Zeitraum der Altersteilzeit zeitanteilig in Anspruch zu nehmen.

Demnach ist der Aufstockungsbetrag für die Mitarbeiter, die die Altersteilzeit abgeschlossen haben als außerplanmäßige Aufwendung darzustellen. Die außerplanmäßigen Aufwendungen sind demnach für die Zuführung zur Rückstellung für ATZ-Verpflichtungen (Aufstockungsbeträge).

Die Gesamtaufwendungen für die Aufstockungsbeträge betragen für die neu abgeschlossenen Altersteilzeitarbeitsverhältnisse insgesamt 297.321.96 €.

Die Zuständigkeit des Kreistages ergibt sich aus § 5 Haushaltssatzung

Anlagenverzeichnis:

Seite 2 von 2 BV/717/2017